

Protokoll über die Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 26.04.2016
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:20 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

Ratsmitglieder

Herr Stephan Blömer

Herr Walter Bokern

Herr Dirk Christ

ab TOP 3.

Herr Peter Eilhoff

Herr Kurt Ernst

Herr Franz-Josef Gerken

Frau Margarete Godde

Herr Norbert Hinzke

Frau Silvia Klee

Herr Eckhard Knospe

Herr Reinhard Latal

Herr Torsten Mennewisch

ab TOP 3.

Herr Walter Mennewisch

Herr Reinhard Mertineit

Herr Dr. Lutz Neubauer

Herr Philipp Overmeyer

ab TOP 3.

Herr Clemens-August Röchte

Herr Konrad Rohe

Herr Clemens Rottinghaus

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Frau Elsbeth Schlärmann

Herr Walter Sieveke

Herr Werner Steinke

ab TOP 2.

Herr Clemens Westendorf

Herr Clemens Wichelmann

Herr Gerd Wulff

Herr Ali Yilmaz

Herr Michael Zobel

ab TOP 2.

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Herr Bernd Kröger

Frau Cornelia Heidkamp

Herr Hermann Theder

Abwesend:

Ratsmitglieder

Frau Andrea Bünger

Herr Christian Fahling

Frau Brigitte Theilen

Herr Reinhard Thobe

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 16.03.2016
3. Gemeinsamer Antrag der Ratsgruppe Lohner und der SPD-Fraktion gem. § 59 NKomVG auf Einberufung zu einer Sitzung des Rates; Beratungsgegenstand: Folgen und der Wiederaufbau der Firma Oldenburger Geflügelspezialitäten nach dem Großbrand und Beantwortung von damit verbundenen Fragen (Anlage). Mit dem Antrag haben die Antragsteller eine Leitlinie zur Schadenverhütung der deutschen Versicherer betr. Planung und Einbau von Löschwasser-Rückhalteeinrichtungen übermittelt, die Ihnen der Vollständigkeit halber am 07.04.2016 zusammen mit dem Antrag per E-Mail weitergeleitet wurde. Im Hinblick auf den Umfang der Leitlinie wird auf einen Versand auf dem Postwege verzichtet.
4. Anträge, Anfragen und Anregungen
 - 4.1. Von Entlassung betroffene Mitarbeiter
 - 4.2. Folgen der Entlassungen für die Stadt Lohne
 - 4.3. Auswirkungen auf den Betrieb der Kläranlage Nordlohne und die Abwassergebühren
 - 4.4. Bestand während des Brandes die Frage einer Explosion
 - 4.5. Antrag der Ratsgruppe für die Sitzung des Bauausschusses am 12.04.2016
5. Einwohnerfragestunde
 - 5.1. Pufferbecken für Löschwasser

Öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Bockstette eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Mitglieder des Rates ordnungsgemäß durch Einladung vom 12.04.2016 einberufen wurden. Die Tagesordnung wurde öffentlich in der Oldenburgischen Volkszeitung bekanntgegeben. Er begrüßte die zahlreich erschienenen Zuhörer.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 16.03.2016

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 28

3. Gemeinsamer Antrag der Ratsgruppe Lohner und der SPD-Fraktion gem. § 59 NKomVG auf Einberufung zu einer Sitzung des Rates; Beratungsgegenstand: Folgen und der Wiederaufbau der Firma Oldenburger Geflügelspezialitäten nach dem Großbrand und Beantwortung von damit verbundenen Fragen (Anlage). Mit dem Antrag haben die Antragsteller eine Leitlinie zur Schadenverhütung der deutschen Versicherer betr. Planung und Einbau von Löschwasser-Rückhalteeinrichtungen übermittelt, die Ihnen der Vollständigkeit halber am 07.04.2016 zusammen mit dem Antrag per E-Mail weitergeleitet wurde. Im Hinblick auf den Umfang der Leitlinie wird auf einen Versand auf dem Postwege verzichtet.

Gruppensprecher Dr. Neubauer erläuterte den Antrag. Dabei ging er auf die Entwicklung der Firma Wiesenhof ein und gab die Häufigkeit von Bränden in Schlachtbetrieben zu Bedenken. Er wies auf die Auswirkungen auf die Kläranlage in Nordlohne hin und forderte Regelungen für die Zukunft.

Ratsvorsitzender Bockstette regte an, über die im Antrag genannten Punkte 1. bis 4. im Einzelnen zu beraten.

1. Aufstellung eines B-Planes (zumindest für den Bereich der zerstörten Gebäude):

Gruppensprecher Dr. Neubauer erinnerte an die gescheiterten Planungen für die Bereiche Parkplatz und Wasseraufbereitungsanlage. Mit einem Bebauungsplan erhoffte er sich langfristig mehr Einflussmöglichkeit des Rates.

Städt. Oberrat Kröger erläuterte, die Aufstellung eines Bebauungsplanes mache nur dann Sinn, wenn damit auch Änderungen geregelt werden. Zur Sicherung der Planung sei daher der Erlass einer Veränderungssperre ein Instrument um zu vermeiden, dass während des Planaufstellungsverfahrens durch den Wiederaufbau des Betriebes Fakten geschaffen werden, die den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderlaufen. Während dieser Zeit ergebe sich daher für den Wiederaufbau ein Zeitverlust. Er wies darauf hin, dass der Betrieb einen Anspruch habe, den vorhandenen Rechtszustand wiederherzustellen. Zugrunde zu legen sei dann allerdings das aktuell geltende Baurecht, aktuelle Brandschutzvorschriften, Auflagen etc.

Über die Notwendigkeit eines Bebauungsplanes wurde kontrovers diskutiert. Dr. Neubauer betonte, dass damit keine Einschränkungen des Betriebes verbunden werden sollten. Gedacht sei vielmehr an die Steuerung einer darüber hinausgehenden, zukünftigen Entwicklung. Insofern sei seiner Ansicht nach keine Veränderungssperre erforderlich. Zur Frage, ob ein Planaufstellungsverfahren zeitliche Verzögerungen beim Wiederaufbau des Betriebes verursache, wurden ebenfalls kontroverse Ansichten geäußert.

Der Sprecher der SPD-Fraktion sah in einem Bauleitplanverfahren eine in gemeinsamen Gesprächen zu erarbeitende Diskussionsgrundlage für eine Erforschung der Ursachen des Brandes und eine Entwicklungsperspektive des Betriebes. In diesem Sinne äußerte er sich enttäuscht darüber, dass kein Vertreter der Firma Wiesenhof zu dieser Ratssitzung gekommen ist.

In Wortmeldungen wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass bei einem Wiederaufbau die Baugenehmigung unter Berücksichtigung des dann geltenden Baurechtes, der Brandschutzbestimmungen etc. erteilt wird.

Der Sprecher der CDU-Fraktion sprach sich im Hinblick auf zu erwartende Verzögerungen beim Wiederaufbau und den Anspruch der Firma Wiesenhof auf Wiederherstellung des vorhandenen Betriebes gegen eine Aufstellung eines Bebauungsplanes aus.

Letztlich fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Zumindest für den Bereich der zerstörten Gebäude soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 12 , Nein-Stimmen: 19

2. Beschränkungen der Schlachtungen am dortigen Standort:

Wegen des inhaltlichen Zusammenhangs wurde dieser Punkt zusammen erörtert mit dem nächsten Punkt, und zwar

3. Antrag an das Gewerbeaufsichtsamt auf Rücknahme oder Aussetzung der kürzlich erteilten Genehmigung zur Betriebserweiterung:

Dr. Neubauer wies auf die Wasserproblematik und die Auswirkungen des betriebseigenen Wasserwerkes auf die öffentliche Wasserversorgung hin. Das betriebseigene Wasserwerk sollte möglichst nicht größer werden als es bisher war.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bezeichnete eine Reduzierung der Schlachtzahlen als wünschenswert. In diesem Sinne könne gegenüber dem Betrieb eine entsprechende Bitte geäußert werden. In verschiedenen Wortmeldungen, wurde darauf hingewiesen, dass Schlachtkapazitäten auch Arbeitsplätze bedeuten und an vielfältige Forderungen zum Erhalt der Arbeitsplätze erinnert.

Nach weiteren kontroversen Wortbeiträgen ließ der Vorsitzende über die Punkte 2. und 3. abstimmen.

Beschluss:

Auf eine Beschränkung der Schlachtungen am Standort der Firma Wiesenhof soll hingewirkt werden.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 5 , Nein-Stimmen: 19 , Enthaltungen: 7

Bei der Abstimmung zu 3. zog der Sprecher der Ratsgruppe in der Formulierung die Worte „Rücknahme oder“ zurück.

Beschluss:

Beim Gewerbeaufsichtsamt wird die Aussetzung der kürzlich erteilten Genehmigung zur Betriebserweiterung beantragt.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 12 , Nein-Stimmen: 19

4. Durchführung einer Gefahren- Risikoanalyse durch den Brand und die erfolgten Löscharbeiten:

Gruppensprecher Dr. Neubauer erläuterte, der Rat solle beschließen, den Kreis um ein Gutachten zu bitten, mit dem die Auswirkungen des Brandes auf die Kläranlage, die Fragen toxischer Stoffe im Umfeld des Brandherdes, Auswirkungen der Löschwasserversickerung, Vorkommen von Dioxinen etc. von Fachleuten analysiert und dem Rat darüber berichtet werde.

Bürgermeister Gerdesmeyer äußerte sich zunächst offen zu einer entsprechenden Anfrage. Er wies darauf hin, dass derartige Fragen zum Teil auch im Genehmigungsverfahren im Rahmen der Einvernehmenserteilung in den politischen Gremien beraten würden. Zur Spezifizierung der von der Ratsgruppe mit Schreiben vom 12. April 2016 eingereichten Fragen zu 4. erläuterte er, dass diese Fragen von der Feuerwehr zum Teil nicht beantwortet werden konnten.

Dr. Neubauer ergänzte, damit sollten während der Löscharbeiten zu Tage getretene Schwachstellen in der Praxis vor Ort aufgedeckt und zukünftig vermieden werden.

Ein Sprecher wies darauf hin, dass es bei Großbränden stets eine Analyse gebe. Er erinnerte an einen Brand im Kunststoff verarbeitenden Betrieb Nordenia in Steinfeld, der Folgen für alle Kunststoffbetriebe in der Region hatte.

Nach einem erneuten Hinweis darauf, dass eine Gefahren- Risikoanalyse nach einem Großbrand stets auch ohne Antragstellung erstellt wird, wurde über Punkt 4. abgestimmt.

Beschluss:

Die Durchführung einer Gefahren- Risikoanalyse durch den Brand und die erfolgten Löscharbeiten wird beschlossen.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 12 , Nein-Stimmen: 19

4. Anträge, Anfragen und Anregungen

4.1. Von Entlassung betroffene Mitarbeiter

Der Sprecher der SPD-Fraktion fragte nach der Anzahl der von Entlassung betroffenen Mitarbeiter/-innen mit Wohnsitz in Lohne und wies auf die teils sehr unterschiedlichen finanziellen Leistungen des Betriebes für die verschiedenen Gruppierungen der Belegschaft hin.

Bürgermeister Gerdesmeyer verwies auf einen Presstext der Firma Wiesenhof, der allen Ratsmitgliedern vor der Sitzung vorgelegt wurde. Detaillierte Angaben seien nur durch den Betrieb selbst möglich.

4.2. Folgen der Entlassungen für die Stadt Lohne

Der Sprecher der SPD-Fraktion fragte, welche konkreten Folgen sich für die Stadt Lohne durch die Entlassungen ergeben.

Bürgermeister Gerdesmeyer nannte als mögliche Folgen den vermehrten Bezug von Sozialleistungen und ein verringertes Einkommenssteueraufkommen. Auf Anfrage nannte er die Zusammensetzung der mit Wiederaufnahme des Betriebes zunächst 350 wiederbesetzten Arbeitsplätze mit wahrscheinlich 60 % Stammbesellschaft und 40 % Leih- und Werkvertragsarbeitern.

4.3. Auswirkungen auf den Betrieb der Kläranlage Nordlohne und die Abwassergebühren

Auf die Frage, wie sich das ausbleibende Abwasser der Firma Wiesenhof auf einen reibungslosen Betrieb der Kläranlage Nordlohne und auf die Abwassergebühren der Lohner Haushalte auswirkt, wurde verwaltungsseitig erläutert, dass möglicherweise Rohre gespült oder geschlossen werden müssen.

Eine Reduzierung der Abwassermenge könne Auswirkungen auf die Kostenkalkulation haben, die kostendeckend sein muss. Aussagen hierzu könne nur der OOWV treffen. Die Frage werde in einem für die nächsten Tage vorgesehenen Gespräch erörtert. Anschließend werde hierüber berichtet.

4.4. Bestand während des Brandes die Frage einer Explosion

Der Sprecher der SPD-Fraktion fragte nach, ob während des Brandes die Gefahr einer Explosion, zum Beispiel der Ammoniakbehälter bestand, und wenn ja, mit welchen möglichen Auswirkungen.

Städt. Oberrat Kröger verwies darauf, dass diese Fragen von Fachleuten beantwortet werden müssten. Sie werden daher weitergeleitet. Eine Antwort wird den Ratsmitgliedern mitgeteilt.

Bürgermeister Gerdesmeyer ergänzte, dass derartige Fragen auch im Zusammenhang mit der Einvernehmenserteilung der Stadt Lohne im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens gestellt und in den politischen Gremien beraten werden.

4.5. Antrag der Ratsgruppe für die Sitzung des Bauausschusses am 12.04.2016

Auf Anfrage erläuterte Bürgermeister Gerdesmeyer, dass beantragt wurde, einen Bericht der Feuerwehr in der Sitzung des Bauausschusses zu erhalten.

Hierbei musste der Ausschuss zunächst entscheiden, ob er einen Bericht wünscht oder nicht. Erst danach könne ein entsprechender Bericht angefragt und in der dann folgenden Sitzung gegeben werden.

Ein Sprecher wies darauf hin, dass in der Vergangenheit zum Teil anders verfahren wurde.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. Pufferbecken für Löschwasser

Eine Anfrage bezog sich auf zwei Pufferbecken, in denen Löschwasser zurückgehalten werden sollte. Diese waren bereits voll und konnten kein weiteres Löschwasser aufnehmen. Bürgermeister Gerdesmeyer versicherte, diesen Hinweis an den Brandschutzbeauftragten des Landkreises Vechta weiterzugeben.

Tobias Gerdesmeyer
Bürgermeister

Norbert Bockstette
Vorsitzender

Cornelia Heidkamp
Protokollführerin